

## **Lagebericht der IHK Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern für das Geschäftsjahr 2023**

### **I. Geschäfts- und Rahmenbedingungen**

#### **Entwicklung der Gesamtwirtschaft der Region**

Laut dem hessischen Statistischen Landesamt wuchs das Bruttoinlandsprodukt des Bundeslandes im Jahr 2023 um 1,2 Prozent. Das Wirtschaftswachstum in Hessen lag somit über dem Bundesdurchschnitt (minus 0,3 Prozent). Vergleichsweise dazu war die Wirtschaft in Hessen im Jahr 2022 noch um 1,5 Prozent gewachsen. Das preisbereinigte BIP in Hessen war 2023 um 1,4 Prozent höher als 2019 vor Beginn der Pandemie (Deutschland: plus 0,7 Prozent). Die Erholung der hessischen Wirtschaft von den Folgen der Corona- Pandemie setzt sich somit fort, befindet sich allerdings weiterhin nur wenig über dem Niveau des Vor-Coronavirus-Wertes. Das Wachstum des produzierenden Gewerbes ging in Hessen um 0,2 Prozent zurück (Deutschland: minus 1,5 Prozent), wozu der Rückgang der Wertschöpfung in der Energieversorgung beitrug. Das Verarbeitende Gewerbe erreichte mit einem Wachstum von 0,3 Prozent (Deutschland: minus 0,3 Prozent) noch nicht das Niveau des Jahre 2019. Das Baugewerbe zeigte einen preisbereinigten Anstieg der Bruttowertschöpfung um 2,1 Prozent (Deutschland: minus 0,2 Prozent). Die Dienstleistungen entwickelten sich sowohl in Hessen (plus 2,0 Prozent) als auch im Bund (plus 0,5 Prozent) positiv, jedoch schwächer als in den Jahren 2022 und 2021.

Im Januar 2023 zählte der Main-Kinzig-Kreis 141.631 Arbeitsplätze. Nach geringeren Zu- und Abgängen sank die Zahl der Arbeitsplätze bis Jahresende 2023 um 500 auf 141.136. Dementsprechend stieg die Zahl der Arbeitslosen um etwa 1.500 von Anfang 2023 mit 11.488 Arbeitslosen im Main-Kinzig-Kreis auf 13.081 zum Jahresende.

Die hohen Energiepreise aufgrund des Krieges in der Ukraine zogen sich bis ins Jahr 2023. Zwar konnten die Unsicherheiten bei den Strom- und Gaspreisen durch die Preisbremse gesenkt werden, sodass die Preise für Gas und Strom deutlich niedriger als Ende 2022 ausfielen, jedoch bewegen sich diese weiterhin deutlich über dem Vorkrisen-Niveau. Somit sind die Belastungen der Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Krieges in der Ukraine weiterhin spürbar. Folgen sind hohe Preise und gestiegene Zinsen aufgrund der notwendigen Inflationsbekämpfung. Dadurch schrumpft die Nachfrage, und die Verunsicherung wächst. Es fehlen Impulse und Anreize für Investitionen und Innovationen. Investitionen werden weiterhin größtenteils nur im Ausland getätigt. Inflationen, Energiepreise und viele staatliche Auflagen besorgen nicht nur die Unternehmen, sie schwächen auch die Nachfrage der privaten Verbraucher. Das spiegelte sich in der enttäuschenden Lage für den Einzelhandel.

Immerhin stuften Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes Anfang des Jahres ihre Lage durchgängig besser ein als die Gesamtwirtschaft. Unter den Produzenten und Investitionsgütern war der Optimismus groß. Unter diesen Unternehmen sind mehr Investitionen und Einstellungen weiterer Mitarbeiter zu erwarten. Diese Unternehmen sind der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung üblicherweise einige Monate voraus, weshalb dies einen Mutmacher Anfang des Jahres darstellte. Die Industrie zeigte kaum Erweiterungen der Produktion und eine starke Exportorientierung, sodass Investitionen, wenn überhaupt, im Ausland getätigt wurden. Ende 2023 litten so gut wie alle Branchen unter einer erheblich verschlechterten Aussicht. Dabei fielen die Hersteller von Vorleistungsgütern besonders negativ auf. Nicht nur die hohen Kosten Anfang des Jahres für Energie und Rohstoffe bremsten den Aufschwung, sondern auch der Arbeitskräftemangel. Der Fachkräftemangel, die Inlandsnachfrage und die Standortbedingungen werden von den Unternehmen fast immer als zentrale Risikofaktoren gesehen.

Hinzukommen seit des Ukraine-Krieges auch die Energie- und Arbeitskosten. Auch die Bürokratie stellt weiterhin ein wirtschaftliches Risiko der Unternehmen dar und trägt massiv zur verbreiteten Unzufriedenheit bei. In der Konjunkturumfrage wurden deshalb auch die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als gravierendstes Risiko im Jahr 2023 bewertet.

## 2. Geschäftsentwicklung der IHK

Die Aktivitäten der IHK zur Unterstützung ihrer Mitgliedsunternehmen standen unter dem Eindruck einer sich zunehmend eintrübenden Konjunktur. Der Schwung, mit dem nach moderater Verzögerung die Unternehmen aus der Pandemie gestartet waren, verpuffte schnell, und die Eintrübung führte zu wachsendem Beratungsbedarf bei unseren Mitgliedsunternehmen. Dabei zeichnete sich auch ab, dass nicht kurzfristige konjunkturelle Schwankungen die Geschäfte erschweren. Es wurden immer häufiger, vor allem in unseren Umfragen zur Konjunktur, die Standortbedingungen insgesamt kritisiert. Hier ist eine Erosion des Vertrauens in die Wirtschaftspolitik insbesondere des Bundes deutlich erkennbar. Diese weit verbreitete Skepsis ist auch deshalb bemerkenswert, weil im Laufe des Jahres 2023 die Energiekosten zwar nicht wieder auf das Niveau vor dem russischen Überfall auf die Ukraine sanken, aber immerhin deutlich hinter den Spitzenwerten des Jahres 2022 zurückblieben.

Belastung durch Bürokratiekosten ist ein altbekanntes Problem der Unternehmen, allerdings hat sich der Wahrnehmung nach dieses jüngst erheblich verschärft und vor allem auf die pessimistische Grundstimmung der Unternehmen durchgeschlagen. Kein Wunder, denn das statistische Bundesamt schätzt die neuen Erhebungskosten für die deutsche Wirtschaft im Jahr 2022, neuere Daten liegen noch nicht vor, auf 7 Mrd. EUR – ein Wert, der unmittelbar den Gewinn der Unternehmen reduziert. Wesentliche Ursache sind eine Reihe von Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, die teilweise Vorgaben der EU noch übertreffen. In Verbindung mit der schwachen wirtschaftlichen Lage führt dies zu erheblicher Verunsicherung und teilweise auch Verärgerung seitens der Unternehmer. Dies konnte durch unsere IHK zwar wahrgenommen, aber nur in seltenen Fällen zielgerichtet aufgegriffen und geändert werden.

Der Fach- und Arbeitskräftemangel plagt nicht nur unsere Mitgliedsunternehmen, er erschwerte auch in der IHK die Besetzung offener Stellen. Vor diesem Hintergrund war die Unterstützung von Mitgliedsunternehmen zur Linderung des Mangels ein Schwerpunkt unserer Tätigkeit, vor allem in der Berufsbildung. Belegung der Innenstädte, Vernetzung von Unternehmen – auch zur Gewinnung neuen Ehrenamts, insbes. für die neue VV - und Mitwirkung an Strategien zur Ansiedlung von Rechenzentren waren weitere gravierende Themen. Die Vorbereitung der VV-Wahl band massiv Kräfte.

Das Geschäft hat sich in 2023 wie folgt entwickelt:

Betriebserträge	5.995.482,11 €
Betriebsaufwand	7.390.029,69 €
Betriebsergebnis	-1.394.547,58 €
Finanzergebnis	-114.624,11 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.509.171,69 €
Sonstige Steuern	12.022,88 €
Jahresergebnis	-1.521.194,57 €

## II. Vermögens-, Finanz- und Ertragsentwicklung und -lage

### 1. Ertragslage

#### a. Erträge

Die Beitragserträge liegen um 6 % unter den Werten des Vorjahres. Ursächlich hierfür sind insbesondere die geringeren Erträge aus Vorjahren (-42%).

Die Gebühreneinnahmen liegen mit 6,3 % unter dem Vorjahreswert. Die Erträge aus Gebühren der Berufsausbildung verringerten sich um 14,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Erträge aus Gebühren der Weiterbildung liegen um 4,8 % unter dem Vorjahreswert. Dies resultiert aus einer weiterhin anhaltenden geringeren Nachfrage nach Weiterbildungsprüfungen. Die Erträge aus sonstigen Gebühren liegen um 7,2 % über dem Vorjahreswert.

Die Erträge aus Entgelten sind um 10 % gefallen, was wesentlich auf die geringeren Verkaufserlöse (-49 %) zurückzuführen ist.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 75 % gefallen. Dies liegt hauptsächlich an geringerer Auflösung von Rückstellungen im Vergleich zum Vorjahr (61 T€ statt 191 T€). Die Erträge aus Erstattungen setzen sich aus 15 T€ für Rückerstattungen von Versorgungsbezügen, 26 T€ Erstattungen von sonst. Personalaufwendungen, 6 T€ Erstattungen für Prüfungsmaterial und 0,5 T€ sonst. Erstattungen zusammen.

Bei den Finanzerträgen liegen die Zinsen aus Wertpapieren mit 4 % über den Werten des Vorjahres.

#### b. Aufwand

Der Betriebsaufwand liegt um 4,8 % oder 336 T€ über dem Vorjahresaufwand, was in erster Linie auf höheren Personalaufwand zurückzuführen ist. Grund hierfür sind vor allem die Aufwendungen für Pensionsrückstellung.

Während beim Materialaufwand die Aufwendungen für bezogene Waren, in erster Linie für Prüfungsmittel und Bewirtungsvorrat, um 6,7 % gefallen sind, sind die bezogenen Leistungen auf Vorjahresniveau geblieben. Die Dozentenhonorare sind hier um 7,7 % gestiegen, während die Prüferentschädigungen um 17,9 % gefallen sind.

Der Personalaufwand liegt mit 13 % über dem Vorjahresniveau, wobei die Vergütungen um 4,2 % und die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung um 4,1 % über den Vorjahreswerten liegen. Die Veränderungen der Pensions- und Beihilferückstellungen steigen um 366 T€ gegenüber dem Vorjahresaufwand.

Die Abschreibungen liegen um 3,6 % über dem Vorjahresniveau.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen um 7% unter dem Vorjahresniveau. Das liegt hauptsächlich an die Umbau- und Renovierungsarbeiten im Erd- und Obergeschoss des IHK-Gebäudes in 2022.

Das Betriebsergebnis fällt als Folge von 793 T€ geringerer Betriebserträge und der um 366 T€ höherer Betriebsaufwendungen um 1.129 T € schlechter aus als im Vorjahr.

Das Finanzergebnis fällt um 11,2 % besser aus als 2022.

Vorgenannte Aspekte sorgen für ein deutlich schlechteres Jahresergebnis (-1.521.194,57 €).

### c. Wesentliche Investitionen

Die Erträge eines Pensionstrusts und einer Unterstützungskasse wurden wieder investiert.

Die Auszahlungen (240 T€) betreffen im Wesentlichen den Kauf von Wertpapieren.

## 2. Vermögenslage

Die Bilanz weist zum 31.12.2023 ein Volumen von 16.490 T€ aus. Die Bilanz stellt sich wie folgt dar:

	Euro 31.12.2023	Euro 31.12.2022
<b>AKTIVA</b>		
<u>Anlagevermögen</u>		
Immaterielle Vermögensgegenstände	17.856,44	32.320,32
Sachanlagen	5.619.814,24	5.710.779,06
Finanzanlagen	8.661.087,61	8.429.332,05
<u>Umlaufvermögen</u>		
Vorräte	21.423,04	36.875,90
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	269.793,38	403.249,27
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.642.355,50	2.510.130,78
Rechnungsabgrenzungsposten	257.643,53	134.465,52
	<u>16.489.973,74</u>	<u>17.257.152,90</u>
<b>PASSIVA</b>		
Eigenkapital	4.256.138,32	5.777.332,89
Rückstellungen	11.920.544,50	11.190.648,00
Verbindlichkeiten	271.820,92	219.842,01
Rechnungsabgrenzungsposten	41.470,00	69.330,00
	<u>16.489.973,74</u>	<u>17.257.152,90</u>

Aufgrund geringer Investitionstätigkeit hat das Sachanlagevermögen durch Abschreibungen abgenommen. Die Zunahme der Finanzanlage beruht wesentlich auf der Einzahlung von Finanzmitteln zur Ausfinanzierung von Pensionszusagen. Der Rückgang der Forderungen ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es in 2022 keine 2. Mahnung und keine Vollstreckung gab.

Das Eigenkapital hat um -1.521 T€ abgenommen.

Die Ausgleichsrücklage ist gleichbleibend bei 613 T€.

Die Finanzierungsrücklage (2.962 T€) wurde aufgelöst.

Die Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Pensionsrückstellungen und haben sich entsprechend der gutachterlich ermittelten Werten erhöht. Grund für den Anstieg ist u.a. die Zunahme der Gehälter und Ruhegehälter.

Die Verbindlichkeiten sind um 52 T€ gestiegen.

### **3. Finanzlage**

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit fällt als Folge des negativen Jahresergebnisses ebenfalls negativ mit -555 T€ aus. Vor allem die Veränderung der Rückstellungen (730 T€), die Veränderung der Vorräte und Forderung (149 T€) und die Abschreibungen (187 T€) haben das negative Jahresergebnis zum Teil kompensiert. Die Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (240 T€) sorgen für einen negativen Cashflow aus der Investitionstätigkeit (-313 T€). Durch die zahlungswirksamen Veränderungen des Finanzmittelbestandes in Höhe von -868 T€ verringert sich der Finanzmittelbestand am Ende des Jahres 2023 auf 1.642 T€. Die Finanzmittel der IHK reichen aus, ihre Aufgaben auch weiterhin wahrnehmen zu können.

Die IHK achtet unter Maßgabe von § 23 Finanzstatut der Industrie- und Handelskammer Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern in der Fassung vom 04.12.2013 bei Geldanlagen auf eine ausreichende Sicherheit, einen angemessenen Ertrag und darauf, dass sie jederzeit für den vorgesehenen Zweck in Anspruch genommen werden können. Aufgrund dessen hat die Vollversammlung am 15.04.2015 beschlossen, dies als Leitlinien des Präsidiums für die Geldanlagen anzusehen und auf das Erlassen einer gesonderten Richtlinie zu verzichten. Zur Vermeidung von Entgelten für Bankguthaben hat die IHK einen Teil ihrer Finanzanlagen in Investmentfonds angelegt; auch, wenn diese mit einem Kursrisiko behaftet sind.

### **III. Personalbericht**

Die Mitarbeiterzahl zum 31.12.2023 beträgt 48 (Vorjahr 48). Darunter befinden sich 37 Frauen und 11 Männer. In Teilzeit arbeiten 22 Personen. Die Vergütung der Beschäftigten richtet sich nach der Eingruppierung der Tätigkeit in eine Funktionsgruppe und die jährliche Anpassung der Leistungen nach der durchschnittlichen Erhöhung der Tarifverdienste der gesamten Wirtschaft, die vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung ermittelt wird.

Die IHK stellt an ihre Mitarbeiter hohe Anforderungen hinsichtlich Fachkompetenz und Kommunikationsfähigkeit. Im Interesse einer optimalen Betreuung wird die hierfür notwendige Ausbildungsvielfalt der Mitarbeiter mit zielgerichteten Weiterbildungsmaßnahmen gefördert. Zudem wird eine Wahlstation für Rechtsreferendare zur Verfügung gestellt. Im Rahmen einer präventiven Gesundheitsförderung bietet die IHK ihren Mitarbeitern eine regelmäßige Ersthelfer-Ausbildung, betriebsärztliche Untersuchungen und jährliche Gripeschutzimpfungen. Die Begehung von Arbeitsstätten und die Gestaltung der Arbeitsplätze nach ergonomischen Kriterien gehören dazu.

### **IV. Prognosebericht**

Großer Vorteil der sich eintrübenden Konjunktur ist die sinkende Inflationsrate, die im Laufe des Jahres 2024 wieder in die Nähe der von der Europäischen Zentralbank geplanten 2,0 % fällt. Da aber unsicher ist, wann die Europäische Zentralbank auf die gesunkene Inflation mit sinkenden Zinsen reagiert, ist von dieser Seite zunächst noch keine weitere Entlastung zu erwarten. Insgesamt fällt die niedrige Investitionsneigung unserer Mitgliedsunternehmen auf. Sie unterstreicht die Schwäche des Wirtschaftsstandorts Deutschland, denn gerade internationale Unternehmen investieren tendenziell nicht mehr am Sitz in Deutschland, sondern an anderen Standorten. Besonders die USA werden hier immer wieder als attraktives Zielland für Investitionen genannt. Dennoch ist schon aufgrund der Größe des Binnenmarktes

im Laufe des 2024 mit einer moderaten Stabilisierung, wenn auch auf niedrigem Niveau, auszugehen. Dessen ungeachtet ist die Beitragsentwicklung unserer IHK kritisch. Denn nach Presseberichten fällt in Gründau, einer Kommune in unserem IHK-Bezirk, der größte Beitragszahler fünf Jahre lang aus. Dies macht Jahr für Jahr 12 Mio. € weniger Gewerbesteuer. Aufgrund eines ähnlichen, dann aber nicht realisierten, Falles zu Beginn der Pandemie interpretieren wir dies als Gewinnabführungsvertrag an die Konzernmutter durch einen unserer größten Beitragszahler. Zu dieser großen finanziellen Einbuße kommt auch der Ausfall eines weiteren großen Beitragszahlers hinzu, der weltweit 2.000 und deutschlandweit 1.500 Stellen abbauen will. Da dieses Unternehmen an der Börse notiert ist, gehen wir davon aus, dass zumindest dieser Einbruch weniger lang als fünf Jahre sein wird.

Auf der Ausgabenseite steht die im Jahr 2023 von der Vollversammlung beschlossene Sanierung des IHK-Gebäudes an. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation unserer IHK in Folge wegfallender Beitragseinnahmen, und zwar trotz der ersten Beitragserhöhung seit 20 Jahren, werden die Arbeiten am Gebäude gestreckt. Noch im Jahr 2024 erfolgt die dringend notwendige Sanierung weiter Teile unseres Flachdachs. Um den günstigen Markt für Photovoltaik zu nutzen, werden wir auf die sanierten Stellen des Dachs Photovoltaikanlagen installieren, wenn auch zunächst ohne Speicher. Damit sollten sich im täglichen Betrieb der IHK deutliche Reduktionen bei den Stromkosten ergeben. Zurückgestellt bis zur Klärung unserer Finanzlage werden die von der Vollversammlung bereits beschlossenen Teilprojekte der Klimatisierung der meisten Büros unseres Gebäudes durch Klima-Split-Geräte sowie der Austausch der teilweise 60 Jahre alten Kunststoffenster. Lediglich die Entwurfsplanung für die Klimatisierung wird erfolgen, um im Zuge der Dachsanierung bereits die notwendigen Durchbrüche zu schaffen. Im Vorgriff auf einen umfassenden Fensteraustausch wurden in einem Büro drei Fenster ausgetauscht. Daraus gewannen wir wesentliche Erkenntnisse für die anstehenden Arbeiten im Detail bzw. die daraus resultierenden Kosten.

Im Zuge der Diskussion in der Vollversammlung über die notwendige Beitragserhöhung im Jahr 2024 wurde beschlossen, künftig eine mittelfristige Finanzplanung (lfd. Jahr und die beiden Folgejahre) zu erstellen. Diese wird im Jahr 2024 in Angriff genommen. Wirtschaftlich gehen wir für 2024 bei der im Juli 2024 erstellten Mittelfristigen Finanzplanung unter Berücksichtigung der Beitragserhöhung von folgenden Annahmen aus:

Erträge aus Beiträgen	6.002.000,00 €
Erträge aus Gebühren	958.000,00 €
Erträge aus Entgelten	155.000,00 €
Sonstige betriebliche Erträge	196.000,00 €
Betriebserträge	7.311.000,00 €
Materialaufwand	779.000,00 €
Personalaufwand	3.585.000,00 €
Abschreibungen	188.000,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.242.000,00 €
Betriebsaufwand	7.794.000,00 €
Betriebsergebnis	-483.000,00 €
Erträge aus and. Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	82.000,00 €
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-161.000,00 €
Finanzergebnis	-79.000,00 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-562.000,00 €
Sonstige Steuern	13.000,00 €
Jahresergebnis	-575.000,00 €

Mit Blick auf die 1. Beitragsveranlagung in den ersten Monaten 2024 und auf die 2. Beitragsveranlagung im Oktober 2024 verlaufen die Erträge aus Beiträgen derzeit unter dem geplanten Wert, da in Gründau, einer Kommune in unserem IHK-Bezirk, der größte Beitragszahler ausfiel.

Die Entwicklung im Bereich der sonstigen Betriebsaufwendungen verlief bisher in 2024 unter dem Planwert. Im Wirtschaftsplan 2024 wurden hierfür 3,6 Mio. Euro angesetzt. Das liegt hauptsächlich daran, dass die geplante Sanierungsmaßnahme nicht komplett in 2024 abgeschlossen werden kann.

## **V. Chancen- und Risikenbericht**

Auf der Kostenseite wirken auf die Unternehmen die noch immer sehr hohen Energiepreise stark negativ ein, verbunden mit Zusatzbelastungen durch steigende Löhne und erhöhtem Suchaufwand für die Gewinnung und Einarbeitung von Arbeitskräften. Da auch die Bürokratiekosten bei den Unternehmen immer spürbarer werden, besteht die Gefahr, dass für die Zukunft dringend nötige Klimaschutzmaßnahmen auf erhöhten Widerstand in der Wirtschaft stoßen werden. Immerhin bieten diese Maßnahmen tendenziell auch Chancen für neue Geschäftsmodelle.

Impulse für die regionale Wirtschaft sind durch die in den vergangenen Jahren erfolgte Neuansiedlungen von Unternehmen auf Konversionsflächen zu erwarten. Die dafür notwendigen Umbauarbeiten sind z. B. in Gelnhausen und Erlensee längst abgeschlossen, in den verbleibenden Flächen in Hanau nähern sie sich dem Ende. Auch in Maintal ist es gelungen, an der Stadtgrenze zu Frankfurt ein neues Gewerbegebiet auszuweisen. Bad Orb hat für sein nur mit großem Aufwand zu erschließendes Gewerbegebiet „Eiserne Hand“ mit den Kreiswerken einen ersten Käufer gefunden, auch weitere Flächen dort werden in Kürze an regionale Unternehmen verkauft werden.

Die noch vor zehn Jahren greifbaren Befürchtungen vor dem Ausbluten gerade der kleineren Kommunen und Ortsteile im Main-Kinzig-Kreis haben sich insgesamt nicht bewahrheitet. Frankfurt am Main als entscheidender Jobmotor der ganzen Region und die Ausweitung des Homeoffices nach der Pandemie machen die kleineren Orte zum attraktiven Wohnort. Für unsere IHK bedeutet dies, uns weitere für eine entsprechende Infrastruktur einzusetzen, die Straße, Schiene, Breitband genauso bedeutet wie ein attraktives Berufsschulangebot.

Wesentliche Chancen unserer IHK liegen im großen Engagement unseres Ehrenamts – fast 750 Personen – sowie in dessen guter Betreuung durch das Hauptamt. Auch unsere gute Ausbildung trägt Früchte, weil wir viele Personalstellen im Rahmen der von unserer Verwaltung betriebenen Personalplanung mit Auszubildenden besetzen können.

Risiken entstehen im Jahr 2024 vor allem durch die notwendige Dachsanierung und die weiteren geplanten Sanierungsmaßnahmen, z. B. dem Austausch der tw. mehr als 50 Jahre alten Kunststofffenster. Die gestiegenen Energiekosten werden wirtschaftliche viele Industrieunternehmen, insbes. aus der Chemie-Industrie treffen, so dass mit Beitragsminderungen fest zu rechnen ist.

Eine interessante Entwicklung haben die Risiken „Fachkräftemangel“ und „IT-Sicherheit“ seit dem vergangenen Jahr genommen: Bei Stellenbesetzungen zeigte sich von Mal zu Mal deutlicher, dass die „Jobsicherheit“ als ein Merkmal der Tätigkeit bei der IHK an Bedeutung wieder zunimmt. Aus Sicht der IHK als Arbeitgeber ist das sehr erfreulich, allerdings ist unverändert bei spezialisierten Tätigkeiten die Bewerberlage recht dünn. Wir schließen daraus, „Spezialisten“ im östlichen Rhein-Main-Gebiet insgesamt selten sind, so dass wir uns darauf einstellen müssen, eher Generalisten einzustellen und mit diesen gemeinsam ihr Kompetenzprofil dann anzupassen oder auszubauen.

Im IT-Bereich bleibt die IT-Sicherheit ein wesentlicher Risikofaktor, doch hat sich dieser nach der Bewältigung des Hackerangriffs auf zentrale Systeme der IHK-Organisation im Jahr 2022 in den Hintergrund gedrängt angesichts der Herausforderungen, die vor allem die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes „OZG“ mit sich bringt: Denken in Prozessen, Anpassen gewohnter Tätigkeiten, neue Formen der Dokumentation und vor allem enorme Kosten stellen die IHK vor Herausforderungen.“

## **VI. Nachtragsbericht**

Es haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ablauf des Geschäftsjahres ereignet.

Hanau, den 18.07.2024

Oliver Naumann  
Präsident

Dr. Gunther Quidde  
Hauptgeschäftsführer